

Nr. 56 (XL) Beschluss über Dauerlösungen und
Flüchtlingsschutz*

Das Exekutiv-Komitee,

daran erinnernd, dass der Schutz von Flüchtlingen und die Suche nach Lösungen für Flüchtlingsprobleme zwei unabdingbare Aufgaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen darstellen;

bekräftigend, dass bei der Suche nach Lösungen die fundamentalen Rechtsschutz-Grundsätze und -Belange zu berücksichtigen sind;

überzeugt davon, dass das heutige Problem der Flüchtlinge und Asylsuchenden wegen seines Umfangs und seiner Komplexität kohärente und umfassende Aktionen erfordert, um den aktuellen Erfordernissen gerecht zu werden;

a) *nahm* mit Befriedigung *Kenntnis* von der Grundlagenstudie, die für die informellen Expertengespräche über Lösungen des Flüchtlingsproblems und den Schutz der Flüchtlinge, vom 12. - 14. Juli 1989 in San Remo, Italien, erstellt worden ist, sowie von dem Bericht dieses Gremiums (siehe Dokument EC/SCP/55);

b) *begrüßte*, dass in diesem Bericht folgenden Punkten besondere Bedeutung beigemessen wurde:

- i) dem Zusammenhang zwischen Schutz und Lösungen, wie auch der erwünschten Vermeidung von Flüchtlingsproblemen, insbesondere durch Respektierung der Menschenrechte, als der besten Lösung;
- ii) der Verstärkung gemeinsamer internationaler Anstrengungen, um den Ursachen der Asylsuchenden- und Flüchtlingsströme zu be-

*Dieser Beschluss wurde vom Exekutiv-Komitee aufgrund der Empfehlung des Unterausschusses für internationalen Rechtsschutz bestätigt.

gegen, um neuen Fluchtbewegungen vorzubeugen und um die freiwillige Repatriierung von Flüchtlingen zu erleichtern, wo immer dies die am besten geeignete Lösung ihrer Probleme darstellt;

- iii) einer aktiven Förderung von Lösungen durch die Herkunfts-, Asyl- und Weiterwanderungsländer sowie die internationale Staatengemeinschaft, in Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten;
- iv) einer Förderung von Lösungen durch internationale Initiativen, um Kontakte zwischen den betroffenen Parteien anzuregen und zu erleichtern, sei es direkt oder durch vermittelnde Institutionen;
- v) einer Entwicklung der Zusammenarbeit, sowohl hinsichtlich der kurativen als auch der präventiven Aspekte;
- vi) einer wo immer erforderlichen Untersuchung der geltenden Gesetze und Doktrin im Lichte der realen Situationen, in denen sich Flüchtlinge befinden, unter Berücksichtigung der Bedeutung der menschenrechtlichen Grundsätze;
- vii) einer Förderung und Festigung der traditionellen Grundsätze und Schutzbestimmungen, die für den Schutz von Flüchtlingen in den Asyl- und Zufluchtsländern und im Falle der Rückkehr in den Herkunftsländern von grundlegender Bedeutung bleiben;

c) *beschloss*, im Hinblick auf Wichtigkeit, Umfang und Komplexität der in Betracht kommenden Sachverhalte und auf die Notwendigkeit weiterer eingehender Untersuchungen als erste Maßnahme den Hohen Flüchtlingskommissar zu ersuchen, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Exekutiv-Komitees eine Arbeitsgruppe einzuberufen, die ihre Tätigkeit ohne gesetzten Zeitrahmen ausüben und aus Mitgliedern des Exekutiv-Komitees bestehen soll, um unter Beachtung des Mandats des Hohen Flüchtlingskommissars Schutz und Lösungen in einer angemessenen und umfassenden Weise zu untersuchen und dem Exekutiv-Komitee auf seiner 41. Sitzung Bericht zu erstatten.

Nr. 57 (XL) Beschluss über die Durchführung
des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967
über die Rechtsstellung der Flüchtlinge*

Das Exekutiv-Komitee,

im Hinblick darauf, dass der 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge im Jahre 1991 begangen werden soll;

nochmals auf die grundlegende Bedeutung des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge für den Schutz der Flüchtlinge und die Verbesserung ihrer Rechtsstellung in den Asylländern *hinweisend*;

die vom Exekutiv-Komitee auf seiner 37. Sitzung gefassten Beschlüsse Nr. 42 und 43 (XXXVII) *in Betracht ziehend*, die unter anderem einer wirksamen Anwendung des Abkommens und des Protokolls die höchste Priorität einräumen;

nochmals die Notwendigkeit einer umfassenden und wirksamen Durchführung dieser Vertragswerke durch die vertragsschließenden Staaten *unterstreichend*;

im Hinblick darauf, dass nach Art. 35 des Abkommens von 1951 die vertragsschließenden Staaten verpflichtet sind, die Kontrollfunktion von UNHCR betreffend die Durchführung des Abkommens zu erleichtern, unter anderem auch durch Bereitstellung relevanter Informationen und Statistiken;

*Dieser Beschluss wurde dem Exekutiv-Komitee aufgrund der Empfehlung des Unterausschusses für internationalen Rechtsschutz bestätigt.

- a) *unterstrich* die Notwendigkeit einer fortdauernden positiven und humanitären Grundhaltung der Staaten bei der Durchführung der Bestimmungen des Abkommens und des Protokolls auf eine Weise, die mit dem Sinn und Zweck dieser Vertragswerke voll in Einklang steht;
- b) *wiederholte* sein Ersuchen an die Staaten, geeignete gesetzgeberische und/oder administrative Maßnahmen zu ergreifen, um eine wirksame Durchführung dieser internationalen Flüchtlingsübereinkommen zu gewährleisten;
- c) *forderte* die Staaten ferner *auf*, alle notwendigen Schritte in Erwägung zu ziehen, um eventuelle rechtliche oder administrative Hindernisse für die vollständige Durchführung zu erkennen und zu beseitigen;
- d) *ersuchte* den Hohen Kommissar, einen detaillierteren Bericht über die Durchführung des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 zu erstellen und dem Unterausschuss zu unterbreiten, der sich damit im Zusammenhang mit den geplanten Aktivitäten zur Feier des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens befassen wird, und forderte die Vertragsstaaten auf, dem Hohen Kommissar diese Aufgabe zu erleichtern, indem sie diesem auf Anforderung fristgerecht detaillierte Informationen über die Durchführung des Abkommens und/oder des Protokolls in ihren Ländern zur Verfügung stellen.